



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

## **Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

β: Ethik und Politik

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**



## Ethik und Politik



ogar in Kreisen, die es ernst meinen mit der Erhaltung des humanistischen Bildungsgangs für unsre führenden Gesellschaftsschichten, scheint der Materialismus das Urteil zu beherrschen, sobald die internationale Politik in Frage kommt. Man riskiert als ein zu Thaten unfähiger Schwächling, wenn nicht gar als schlechter Patriot und vaterlandsloser Gefelle kurzer Hand abgethan zu werden, wenn man es wagt, das Problem: Ethik und internationale Politik des Nachdenkens überhaupt für wert zu halten und den Krieg nicht schlechtthin als etwas Gutes, Gott Wohlgefälliges zu preisen, sofern nur Aussicht ist, dabei etwas für die Nation, der man angehört, zu profitieren. Dieses Verhalten steht mit der ethischen und idealern Lebensauffassung, die wir Freunde der humanistischen Bildung dem Volk erhalten wollen, doch in schroffem Widerspruch, worüber wir uns auch dadurch nicht hinwegtäuschen lassen sollten, daß sich im protestantischen Deutschland, von dem ich hauptsächlich rede, seit Jahren eine äußerliche Religiosität breit macht, die sich nach englischem Muster in gedankenloser, ganz unprotestantischer Rechtgläubigkeit gefällt und sich mit der materialistischen Moral in Politicis ganz vortrefflich verträgt. Auch mit dem deutschen Volkscharakter steht dieser Materialismus in der Politik im Widerspruch. Das deutsche Volk „bedenkt“ die Politik, und vollends die Weltpolitik, die es zu treiben veranlaßt wird, und die von andern Völkern getrieben wird. Diese Bedenklichkeit unsers Volks ist eine Tugend, auf die wir stolz sein müssen gegenüber der Unbedenklichkeit, durch die sich andre Völker ausgezeichnet haben, wenn wir auch deshalb scheinbar von den Skrupellosen übers Ohr gehauen worden sind. Man sollte sich hüten, den Nachwuchs der gebildeten Klassen auch in dieser Beziehung zu anglisieren und ihn für das leuchtende Vorbild der Engländer in Transvaal zu begeistern, wie es Einzelne schon versuchen. Das deutsche Volk wird so am wenigsten für die Weltpolitik, die wir brauchen und der Kaiser will, erwärmt werden. Und das ist doch dringend nötig.

Der im Juni in Karlsruhe abgehaltne erste Evangelisch-soziale Kongreß hat als dritten Gegenstand seiner Tagesordnung die Frage behandelt: „Welche sittlichen und sozialen Aufgaben stellt die Entwicklung Deutschlands zur Weltmacht unserm Volke?“ Damit war die Frage nach der Berechtigung der Weltpolitik nicht gestellt, vielmehr als bejaht vorausgesetzt. Die Verhandlungen entgleisten also eigentlich, wenn sie sich hauptsächlich darum drehten, aber sie haben an Interesse dadurch nur gewonnen. Das Problem Ethik und Weltpolitik lag in der Luft und auf den Herzen. Mit Gewalt drängte es sich auf die Lippen.

Professor Rathgen, der das erste Referat hatte, sprach viel Gutes streng zum Thema, Betrachtungen darüber, wie wir uns den wilden und halbwildem Völkern gegenüber als Herren zu benehmen hätten usw. Das Recht, die Herren zu spielen, behandelte er nur kurz in der bekannten anglosächsischen Weise: Erschließung der Tropen und dergleichen fruchtbaren Gebieten durch Unterwerfen, Beherrschen und Erziehen ihrer Bewohner zur Arbeit, weil sie die Schätze ohne uns zu heben, und wir die dazu nötige körperliche Arbeit dort zu leisten unfähig sind. Daß der Anspruch auf die Herrschaft über die noch nicht gehörig ausgenutzten fruchtbaren Landgebiete auch die Kulturstaaten untereinander leicht in die allergefährlichsten Konflikte bringen kann, und sie z. B. jetzt in eine bis aufs äußerste gespannte gefäßtge Kampfstellung zu einander gebracht hat, fordert eine ethische Beurteilung besonders scharf heraus, wird aber von Rathgen gar nicht berührt. Nach frühern Auslassungen scheint er ganz im Banne des englischen Imperialismus zu stehen, und Chamberlain scheint für ihn Autorität zu sein. Wenn er die „großen Gedanken“ dieses Herrn, „deren stolzer patriotischer Klang ihn wohlthätiger berührt als die utilitaristische Denkweise der alten Freihändler,“ als Journalist ausspielt, so ist das seine Sache. Wenn er die Chamberlainschen Phrasen aber in die deutsche Wissenschaft importiert,\*) so muß dagegen energisch Einspruch erhoben werden.

Unmittelbar zu Leibe ging der zweite Referent, ein Pfarrer Dr. Lepsius, dem Problem Ethik und Weltpolitik. Bismarck habe einmal gesagt, eine Großmacht bedürfe zu ihrer Anerkennung vor allen Dingen der Überzeugung und des Muts, eine solche zu sein. Das gelte erst recht von dem Anspruch auf Weltmachtstellung. Wir hätten uns zu fragen: Woher entnehmen wir die Überzeugung von dem Beruf zur Weltmacht und den Mut, eine solche zu sein? Und die Antwort laute: Wenn wir auch für die Berechtigung und die Pflicht Deutschlands — trotz der Ungunst seiner geographischen und politischen Lage, eine Weltmachtstellung zu erringen — den Überschuß unsrer nationalen Kraft, wie er sich in dem rapiden Wachstum der Bevölkerung, der überseeischen Ausbreitung des Deutschtums und dem welterobernden Aufschwung der deutschen Industrie erweist, geltend machen könnten, so wurzle doch unser letztes Recht,

\*) Schmollers Jahrbücher 1897, IV, 1. Die Kündigung des englischen Handelsvertrags usw.

dem Deutschtum in der Welt Raum zu schaffen, in den geistigen und sittlichen Werten unsers Volks, in der Thatfache, „daß wir Deutschen die erstberufenen Träger des Evangeliums in der gegenwärtigen Kulturwelt“ seien.

Auch diese „Kreuzzugsidee,“ die uns als den Auserwählten Recht und Pflicht beimißt, mit Blut und Eisen, wenns nicht anders geht, das „Reich Gottes“ auf der ganzen Erde aufzurichten, ist angelsächsischer Import. Lepsius selbst weist auf ihre „englische Form“ hin, die die größten Triumphe in der über alle Weltteile ausgedehnten englisch-amerikanischen Weltmacht gefeiert habe, wobei ihm freilich noch eingehende Ermittlungen darüber nötig erscheinen, wie viel der Gedanke, dem Christentum die Welt zu erobern, bei der Erschaffung des britischen Kolonialreichs mitgewirkt habe. Vor der Chamberlainschen Praxis zieht auch er den Hut, indem er meint, eine besonnene politische Erwägung könne England das „moralische Recht“ nicht bestreiten, „seine Vorherrschaft über Südafrika gegenüber der holländischen Rasse und die Durchführung seiner großartig angelegten Afrikapolitik sicher zu stellen.“ Er schloß diese Anerkennung des Chamberlainismus mit dem im Munde eines deutschen Pfarrers nicht gerade anmutigen, zum imperialistischen Schlagwort aber vorzüglich berufenen Satz: „Die Politik der Vorsehung ist nicht sentimental.“

Der Satz hat wahrscheinlich Herrn Raumann sehr gefallen, aber die Kreuzzugsidee des Dr. Lepsius fertigte er mit gewohnter „Schneid“ ab. Das war nicht schwer und ganz berechtigt, aber wie es geschah, kennzeichnete den Raumannschen Standpunkt denn doch als einen so ausgesprochen materialistischen, so grobrealistischen, daß auf ihm von christlicher Ethik, deutscher Gemüts- und Verstandstiefe oder gar Wissenschaftlichkeit schlechterdings nicht mehr die Rede sein kann. „Wie kommen nun, fragte er, die Mächte, die auf dem Wege der Auslese (Zuchtwahl) entstanden sind, dazu, bis zu dem allgemeinen Endpunkt zu gelangen, in den die Auslese mündet? Es scheint doch wohl dadurch, daß jede einzelne davon die größte Lebensfähigkeit zu bethätigen sucht, und das bedeutet die Politik, worin der Einzelne zunächst sehen muß, daß er eine Macht ist. Was aus der Weltgeschichte am Ende wird, scheint mir Gottes Sache zu sein. Aber was aus der Weltgeschichte unsers Volks wird, scheint mir Sache unsers Volks zu sein. Und wir sind nicht in stande, eine Philosophie zu machen, die alle Welt so überschaut, daß wir unsre Politik danach einrichten können, sondern wir können nur fragen: Wie erhalten wir die Lebenskraft, die uns jetzt gegeben ist? Und über diese praktische Gegenwartigkeit hinaus können wir reell politisch kaum etwas leisten.“

Giebt es wohl ein traurigeres Beispiel der auch für gebildete Leute leider immer noch so bestechenden Sophistereien à la mode, mit denen in dem als Axiom hingestellten Darwinischen „Kampf ums Dasein“ auch zwischen den menschlichen Klassen, Rassen und Völkern jede Sittlichkeit und alles Ideale wegdisputiert werden kann und, wie bekannt, auch wegdisputiert wird, sodaß nur noch der nackte tierische Egoismus als *causa movens* übrig bleibt? Man kann sich doch nicht verheimlichen, daß, was zwischen Nationen, Rassen und

Klassen gilt in diesem Kampf ums Dasein, auch plausibel erscheinen muß für den Kampf zwischen den Personen. Es ist dieselbe materialistische Sophisterei, die dem Imperialismus dient und den Anarchismus begründet. Wer die materialistische Weltanschauung ablehnt, der muß auch diesen Imperialismus verabscheuen.

„Warum, fragt Naumann weiter, hat man bei uns in Deutschland die Empfindung, daß die englische Politik unehrlich ist? Nicht deshalb, antwortet er, weil die englische Politik »Machtpolitik« ist, sondern weil sie, indem sie Machtpolitik ist, behauptet, daß sie das thue im Dienste der Humanität und des Christentums. Nicht das ist es, was wir den Engländern übelnehmen, daß sie gewinnen wollen und schießen. Das thun wir ja auch. Das haben wir in Kiautschou gethan und thun es, Gott weiß wo, sonst noch in der Welt. Und wenn wir morgen die Delagoabai haben könnten, würden wir sie nehmen. Besser als die Engländer sind wir auch nicht. Wir wollen so gut auf der Erdkarte haben, was wir haben können, wie sie es wollen.“

Man könnte ja hier den Beweis antreten, daß das zum großen Teil falsch ist und im übrigen ganz verschoben und übertrieben; daß wir durchaus nicht dieselbe Politik treiben und sie nie getrieben haben wie die Engländer; daß, wenn wir einmal gewinnen wollen und schießen, das auch noch lange nicht immer dasselbe sein muß, wie wenn die Engländer gewinnen wollen und schießen; daß, wenn wir Kiautschou besetzt haben, oder wenn wir in präventiver (s. v. v.) Notwehr einmal die Delagoabai nähmen, das ganz was anderes ist oder sein könnte, als die Unterjochung der Buren durch die Engländer, und daß überhaupt die Vorstellungen, die sich Herr Naumann von der deutschen Weltpolitik macht, wie der Kaiser sie will und sie als deutscher Kaiser nur wollen kann, ganz falsch sind, daß von der Brutalität, von der Naumanns imperialistische Phantasie strotzt, bei unsern leitenden Politikern gar keine Rede ist. Aber Sophistereien thäte man damit zu viel Ehre an. Nur das idealistische Mäntelchen muß ihnen ganz abgestreift werden, damit auch unkritische Leute sehen, was der Kern und das Wesen ist, nämlich die Ableugnung jeder göttlichen, sittlichen Weltordnung, die Vernichtung alles Humanen und Idealen in der Menschheit. Ist schon der Satz: „Macht ist Recht“ im Munde der Modevölkerrechtslehrer eine Verirrung, so ist er doch tausendmal berechtigter und vernünftiger als das, worauf Naumanns Sophismen hinauslaufen: in der Politik giebt's ebensowenig einen sittlichen Maßstab wie im Tierreich.

Dem gegenüber muß man den Ausdruck ehrlicher Entrüstung, den Professor D. Weiffenbach fand, freudig begrüßen, der über die „Parteinahme für die thatkräftigen, machtentwickelnden und die Kultur fördernden Engländer“ in Transvaal mit großem Nachdruck sagte: „Daß die Herren, die im Augenblick, wo die Burenfahne blutbefleckt im Staube liegt, wo das tapfere Volk einen nur dem Kampf der Ostgoten am Vesuv vergleichbaren Heldentodeskampf führte, daß die Herren, sage ich, die in solchem Augenblick sich »kühl bis ans Herz hinan« zu Fürsprechern der brutalen englischen Gewaltpolitik machen, gewiß

nicht aus dem tiefsten Empfinden des deutschen Volks heraus reden.“ Und ganz vortrefflich war auch der kurze Satz, mit dem er sich zu der allgemeinen Frage ausließ: „Gerade diese Parteinahme (des deutschen Volks für die Buren) ist die Probe auf die Rechnung, und sie beweist, wie grundfalsch diese ist. Denn wenn auch die Sätze und Gebote der christlichen Moral bei der Politik nicht die unmittelbare Anwendung erfahren wie in der Individualethik, so müssen doch auch über der Politik, wenn sie nicht zum Appell an die rohe Gewalt und die Macht der Stärkern ausarten soll, die großen sittlichen Gedanken des Christentums als Regulatoren, als Nicht- und Zielpunkte schweben.“

In besondrer Art beachtenswert waren auch die Bemerkungen, die der Heidelberger Professor der Theologie D. Deißmann zur Sache machte, der sich als „politischer Anhänger und Schüler Raumanns“ bekannte, das Problem Ethik und Politik aber als das ernsteste und wichtigste, das der neuen ethischen Wissenschaft gestellt sei, bezeichnete, das zu lösen er sich jedoch nicht berufen fühle. Mit seinem „praktischen Menschen“ stelle er sich „auch“ (d. h. wohl wie Raumann) auf den Standpunkt, „daß zur Zeit, in dieser Welt der Sünde, in dieser Welt der Niedertracht, eine andre als eine Kampfesstellung der Völker gegeneinander nicht möglich ist.“ Das heißt, möchte man fast glauben, soviel, als daß er das ganze Problem überhaupt nicht verstand. Denn was kann es sonst heißen? Mit der Sünde und der Niedertracht der Welt hat auch die Individualethik immerfort zu rechnen. Sie und das Christentum und die christliche Kirche — und die nicht einmal allein — sind ihrem Wesen und Zweck nach immerfort im Kampfe gegen die sündhafte und niederträchtige Kampfstellung und Kampfsucht der Individuen, die sie sowohl die geltenden Sittengesetze zu respektieren anhalten wie zu höherer Sittlichkeit erziehen sollen. Wie man ihnen in der Politik, d. h. zwischen Staaten und Völkern, nicht das gleiche Recht und die gleiche Aufgabe zuweisen kann, ist mir ganz unverstänlich, da doch die Geschichte der Menschenkultur trotz aller noch vorhandenen und nie auszrottbaren Sünde und Niedertracht auf jeder Seite beweist, daß sie das schon mit Erfolg besorgt haben seit unvordenklichen Zeiten. Und was kann denn Professor Deißmann unter der „Kampfesstellung der Völker“ anders meinen, als was Raumann meint, nämlich nicht etwa die Defensive, sondern die Offensive, die Schnapphahnstellung der Nationen zu einander, die mit Gewalt nimmt, was sie kriegt, und schießt, wo Gewinn lockt? Dagegen müssen Ethik, Christentum und christliche Kirche kämpfen ohne Unterlaß, wenn sie nicht selbst der Sünde und Niedertracht dienstbar werden wollen. Mit den Suttner-Hirschischen Marotten vom „ewigen Frieden,“ der jetzt eingerichtet werden soll, oder mit dem Abrüstungsschwindel hat das gar nichts zu thun. Aber schämen müßten sich die Ethiker, auch die nichtzünftigen, d. h. die Pfarrer und die Theologen denn doch, wenn sie praktisch, durch Lehre in Wort und Schrift, gerade heutzutage, bei dieser überspannten Kampfstellung der Völker statt zum Frieden zu mahnen, den akuten Ausbrüchen der Sünde und Niedertracht in

der Form von Kriegen geradezu das Wort reden und vernünftige Bemühungen, den Frieden zu wahren, wohl gar verspotten wollten. Weder die Kreuzzugs-idee noch die Nichtsalsmachttheorie, die auf dem Evangelisch-sozialen Kongreß vertreten wurden, könnten ihnen irgendwie zur Entschuldigung dienen.

Professor Deißmann bemerkte übrigens mit Recht, das Problem Ethik und Politik sei von den „zünftigen“ Ethikern bis jetzt so gut wie ignoriert worden, wenn man mehr als Kasuistik verlange. Aber erinnern darf man immerhin daran, daß einer seiner Vorgänger an der alma mater Ruperto-Carola, der Heidelberger Professor der Theologie Dr. Richard Rothe in seiner „Theologischen Ethik“ schon vor fünfzig Jahren zu dem Hauptpunkt des Problems, d. h. zu der Frage Ethik und Krieg, ganz Vortreffliches gesagt hat, wenn auch nur in kasuistischer Form. Die Ansichten dieses „liberalen“ Theologen und Mannes sind viel mehr berufen, auch heute noch den Volkskreisen, die unsrer Weltpolitik um ihrer im Notfall kriegerischen Konsequenzen willen noch ablehnend gegenüberstehn, die Gewissen zu beruhigen, als alle Sophistereien der säbelrasselnden „politischen Pastoren“ neuester Mode.

Rothe war der letzte, der in der internationalen Politik die Ethik außer Dienst gestellt wissen wollte. Er ging soweit, vom sittlichen Standpunkt schlechterdings zu fordern, daß die Wahrung und die Pflege des Volkstums und der Nationalität doch zugleich „allen Nationalegoismus, namentlich schon allen Nationalstolz und alle Nationaleitelkeit“ von sich fern halte und wesentlich verbunden sei „mit der ausdrücklichen und rücksichtslosen Unterordnung des einzelnen besondern Volkstums und seiner Interessen unter die allgemeine Idee und den allgemeinen Zweck der Menschheit als solcher — daß der einzelne Staat, indem er sich in seiner eigentümlichen Nationalität erfaßt, zugleich sich und seine nationalen Zwecke aufrichtig der Totalität des menschlichen Geschlechts und ihrem Interesse subordiniere.“ Er zitiert dabei Schleiermacher (Christliche Sitte), der Jahrzehnte vorher geschrieben hat, es sei lange die herrschende Ansicht gewesen, und sei sie vielleicht noch, daß keine Unterordnung des Staats unter die Gesamtheit des Menschengeschlechts gefordert werden könne, sondern des Staats Sittlichkeit allein darin bestehe, „seinen eignen Vorteil zu suchen und als letzten Zielpunkt des von ihm ausgehenden Bildungsprozesses sich selbst in seiner besondern Persönlichkeit aufzustellen.“ Das wäre aber „gänzliche Trennung der Politik von der Moral, also ein Widerspruch gegen das Christentum.“ Praktisch führte diese Auffassung Rothe zur Hochhaltung des Völkerrechts als sittlichem Postulat und bewahrte ihn vor der oberflächlichen Verspottung des Ideals vom sogenannten „ewigen Frieden,“ die jetzt Mode ist, so wenig er wie Schleiermacher das Abenteuerliche verkannte, das in der Art liege, wie man ihn realisieren wolle, denn in der Form eines buchstäblichen Vertrags und einer materiellen Garantie werde er nie zustande kommen.

„Unser dermaliger völkerrechtlicher Zustand ist übrigens — führt dann Rothe wörtlich aus — noch weit davon entfernt, die Möglichkeit nicht nur, sondern

auch die Notwendigkeit und die sittliche Rechtmäßigkeit einer Lösung der Konflikte zwischen den Staaten durch materielle Gewalt, also des Kriegs schlechthin auszuschließen. An sich oder in abstracto betrachtet ist der Krieg freilich immer eine sittliche Abnormität, aber innerhalb des Gebiets des bloßen Pflichtverhältnisses kann er im konkreten Falle durchaus gerechtfertigt sein. Bei der jetzigen Lage der Dinge kann sogar im einzelnen Falle ein Krieg entstehen, ohne daß einem von beiden kriegführenden Teilen eine bestimmte Ungerechtigkeit und überhaupt Verschuldung direkt zur Last fällt. Am allerwenigsten sind auf unserm gegenwärtigen geschichtlichen Standpunkt die Prinzipienkriege unbedingt zu vermeiden. Denn bei ihnen ist eine völkerrechtliche Schlichtung des Streits durch den schiedsrichterlichen Dazwischentritt dritter Staaten ihrem Begriffe selbst zufolge unmöglich, da jeder Dritte hier als Partei erscheinen muß. Solche Kriege, wie sie die allerintensivsten sind, sind eben tief erschütternde Krisen, durch die die geschichtliche Fortentwicklung der menschlichen Gemeinschaft notgedrungen hindurchgeht und die großen politischen Neugestaltungen zum vollständigen Durchbruch bringt. Hier ist das einzig Pflichtgemäße, daß jeder Staat für das, was mit unerschütterlicher Gewißheit den Inhalt seines politischen und sittlichen Bewußtseins ausmacht, mit aller ihm zu Gebote stehenden Kraft den andern, die es ihm antasten wollen, gegenüber einsteht und mit jenem seinem sittlichen Heiligtum lebt und stirbt. Überhaupt aber, wird ein Staat durch einen andern an den wirklichen Bedingungen seiner physischen oder seiner moralischen Existenz verletzt, und sind alle in der Möglichkeit liegenden Versuche, diese Verletzung gütlich abzuwehren, erfolglos von ihm gemacht worden: so bleibt ihm zuletzt nichts weiter übrig, als dieselben mit Gewalt abzutreiben, und dies ist dann, wenn anders er sich das Vermögen dazu zutrauen darf, geradezu seine Pflicht. Der Krieg ist dann nichts anderes als die Notwehr eines Volks wider das andre, und wie bei der Notwehr, wenn es nicht zu vermeiden ist, auch das sinnliche Leben des Angreifers ohne Bedenken gefährdet wird, so auch im Kriege."

Hiernach erscheine, heißt es weiter, zunächst nur der Verteidigungskrieg als sittlich statthaft. Aber den rechtmäßigen Krieg lediglich auf den Verteidigungskrieg zu beschränken, sei nichtsdestoweniger unmöglich. Denn einmal sei es schon häufig im einzelnen Falle gar nicht festzustellen, ob ein Krieg ein Verteidigungskrieg sei oder ein Angriffskrieg, wie denn namentlich „ein Büchtigungskrieg gegen solche Völker, die dem Völkerrecht Hohn sprechen oder durch ihre Eroberungsjucht die Ruhe ihrer Nachbarn fortwährend gefährden, in der That nur ein Verteidigungskrieg und schon als solcher vollkommen gerechtfertigt" sei.

Aber auch der eigentliche Eroberungskrieg lasse sich nicht unbedingt verurteilen. „In Zeiten eines großen weltgeschichtlichen Neubaus wenigstens, in Perioden, wo die Zivilisation erst frisch und von vorn an auf noch ganz unangebaute weite Völkergebiete im großen gepflanzt werden soll — und solche Zeitläufte mögen sich leicht noch oft wiederholen —, können Eroberungskriege

völlig pflichtmäßig sein. Ja selbst da, wo die Kultur bereits fest begründet ist, kann ein Volk so sehr in sich sittlich abgeschwächt sein und alle Haltung verloren haben, daß es einerseits in sich selbst der Möglichkeit seines Fortbestands als selbständiger Staat entbehrt und andererseits die politische Entwicklung der angrenzenden Staaten unablässig stört; und dann ist seine Eroberung durch diese letztern sittlich völlig gerechtfertigt, zumal da sie, als Verschmelzung desselben mit einer sittlich gesündern und lebenskräftigern Nation, zugleich der Weg zu seiner sittlichen Wiederbelebung werden kann. Oder es kann auch ein Volk zur Sicherung seiner politischen Existenz schlechterdings eine Erweiterung seines Gebiets bedürfen und so, wenn es sich nicht selbst aufgeben will, zu Eroberungen genötigt sein.“

Scharf weist Rothe den Gedanken zurück, daß etwa gar der einzelne Bürger, wenn die rechtmäßige Obrigkeit einen Krieg beschlossen habe, deshalb, weil er ein Angriffskrieg oder sonst ungerecht sei, die Teilnahme daran verweigern dürfe. Dadurch würde er sich geradezu der Pflicht des Unterthanengehorsams entziehen und gegen seine Obrigkeit auflehnen. Sei der Krieg wirklich ein ungerechter, so habe diese das zu verantworten.

Der Zweck des Kriegs müsse der Frieden sein, und schon während der Kriegsführung müsse sich immer die aufrichtige Bereitwilligkeit zeigen, von der Entscheidung der Waffengewalt abzustehn und auf den Weg der Verhandlungen zurückzukehren, ganz besonders nach Erlangung von Vorteilen über den Gegner. Der Krieg dürfe nicht mit persönlicher Feindseligkeit geführt werden, und nie gegen die Privatpersonen. Er dürfe nie auf Zerstörung der sittlichen Erziehungenschaften (im weitesten Sinne des Worts) des befehdeten Volks ausgehn, und alle Zerstörung sei bei ihm nur insoweit gerechtfertigt, als sie entweder zur Verteidigung oder zur möglichst schnellen und sichern Wiederherstellung des Friedens unumgänglich sei. Jede eigentliche Grausamkeit müsse verbannt bleiben. Werde der Krieg so mit Menschlichkeit geführt, so sei er, sittlich betrachtet, „durchaus nicht lediglich ein Übel.“ Es hänge sich zwar an ihn unvermeidlich viel Unheil nicht nur, sondern auch Verwilderung und sittliches Verderben. Aber er sei auch nicht minder ein Schauplatz und eine Schule hoher menschlicher Tugenden und ein sehr wichtiges Mittel zur Reinigung der verdampften, ungesunden sittlichen Atmosphäre, zur Erhebung des sittlichen Gemeinbewußtseins und zur Erfrischung und Erstarkung der Völker. Oft genug sei er auch gerade ein wirksames Verbreitungsmittel der Kultur gewesen.

So hat vor fünfzig Jahren ein protestantischer Theologe in Heidelberg geschrieben. Auch vom ausgesprochen kriegspolitischen und militärischen Standpunkt aus wird man noch heute fast durchaus damit einverstanden sein können. Und doch, welch ungeheurer Unterschied zwischen Rothes Auffassung und dem Gewaltgeschrei der Imperialisten! Es ist klar, dieser Unterschied ist wesentlich begründet in dem Unterschied zwischen der ethischen, humanistischen Welt- und Lebensanschauung, für die wir wieder die Bahn freier machen wollen, und der extrem realistischen und materialistischen, die das Denken der Gebildeten unsrer

Tage zu sehr beherrscht. Darauf sollten diese Zeilen wieder einmal hinweisen, nicht etwa das ungeheure Problem: Ethik und Weltpolitik erschöpfend lösen. Das mögen, wie Deißmann sagt, die zünftigen Ethiker versuchen, aber Erfolg werden sie nur haben als Humanisten, nicht als Materialisten. β



## Latifundien und Bauerngut



Unsre heutigen agrarischen Zustände sind im wesentlichen festgelegt worden durch die Gesetzgebungen aus dem Ende des achtzehnten und dem Beginn des neunzehnten Jahrhunderts, also aus einer Zeit, die trotz alles Aufbäumens gegen den französischen Umsturz durchtränkt war von dem Glauben an die erlösenden politischen und andre Doktrinen. So kam denn auch die wahnwitzige Gleichheitstheorie in unsern agrarischen Reformen zur Geltung, indem man nichts mehr von spezifischer, von ständischer Unterscheidung zwischen Großgrundbesitz und Kleingrundbesitz, zwischen Rittergut und Bauerngut, zwischen Adelsrecht und Bauernrecht hören wollte. Wurden die Privilegien des Adels abgeschafft, so konnte man nun doch nicht Privilegien des Bauern schaffen! Das wäre nicht konsequent gewesen, und vor der Forderung konsequenter Systematik beugte man sich wie vor einem sinaitischen Dekalog. So wurde alles befreit, der Bauer und auch der Grund, auf dem er saß, und von dem er gefront hatte, und das gemeine Recht fand in den Landrechten denselben Ausdruck für Edelmann, Bürger, Bauern. Der Bauer erlangte die Freiheit von Robot und Frone, auch die Freiheit, seinen Hof zu zerschlagen und an zehn Kinder zu verteilen, oder ihn an den benachbarten Edelmann zu verkaufen. Und der Edelmann begann zu kaufen und kauft noch heute einen Bauernhof nach dem andern auf; und ist an die Stelle des Edelmanns der bürgerliche Millionär getreten, der bei solchen Belustigungen, wie das Edelmannspielen es ist, weniger auf die Zinsen sieht, dann geht das Auskaufen des Bauern noch flotter von statten. Von der andern Seite hilft der Jude mit, indem er dem Bauern mit Vorgen von der Scholle hilft, das Bauerngut zerstückelt oder dem Großbesitzer weiter verhandelt. So ist durch diese heilige Freiheit und Gleichheit der Bauernstand in manchen Teilen von Deutschland in seinem Grundbesitz stark geschmälert worden. In dem ostelbischen Lande sind Dörfer um Dörfer vom Erdboden verschwunden, und nun klagt man dort längst über Arbeitermangel.

Der Staat ist an allem schuld, der Staat muß helfen! Das ist das ewige Lied. Ja freilich, an dem Arbeitermangel ist zum Teil der Staat schuld, nämlich insoweit er die Industrie groß hat werden lassen, und insoweit er die